



**ARBEITGEBERVERBAND
DER METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE RHEIN-WUPPER e.V.
UNTERNEHMERSCHAFT RHEIN-WUPPER e.V.**

Positionen 15.12.2021

RA Andreas Tressin (Geschäftsführer)

DATUM

15. Dezember 2021

Jahresrück- und Ausblick 2021 / 2022

Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Corona-Virus hat uns alle nach wie vor im Würgegriff. Zum Jahresende scheint die Weltwirtschaft sogar unter einer Art „Long-Covid“ zu leiden. So gibt es wenig bis keine Planungssicherheit, vieles ist durcheinander geraten: Lieferketten und Lieferzeiten, Angebot und Nachfrage, es fehlen Material und Rohstoffe, die Preise steigen unaufhörlich und immer wieder müssen Unternehmen ganz kurzfristig neue Arbeitszeitmodelle vereinbaren, zum Teil aber auch Kurzarbeit anmelden. Einige Unternehmen in unserem Verbandsgebiet mussten bzw. müssen darüber hinaus auch noch die Folgen des Hochwassers im Juli bewältigen und sahen sich deshalb das ganze zweite Halbjahr über einer ganz besonderen zusätzlichen Stresssituation ausgesetzt. Die Unternehmen haben in der vorbezeichneten Gemengelage zum Teil viel Liquidität verloren, müssen aber zugleich bei plötzlich auftretendem größeren Nachfragevolumen sofort entsprechend die gesamte Logistik vorfinanzieren und parallel hierzu ihr Geschäftsmodell auf die Digitalisierung und Dekarbonisierung ausrichten, um den neuen Nachhaltigkeitskriterien der Kreditinstitute Rechnung zu tragen. Beinahe wöchentlich ging es darum, die Arbeitsorganisationen am Maßstab der jeweiligen Hygienevorgaben aufrecht zu erhalten. Pragmatische Lösungen waren nicht nur in der Arbeitsorganisation im Unternehmen, sondern auch im Beziehungsmanagement mit den Mitarbeitern gefragt. Das ging natürlich alles zwangsläufig auch zu Lasten der Produktivität und damit der Arbeitskosten. Es kann nach alledem nicht überraschen, dass sowohl die Unternehmer als auch die Mitarbeiter zum Jahresende nach zwei Jahren Krisenmanagement ganz einfach nur erschöpft sind.

HAUSANSCHRIFT
Werkstättenstr. 21
51379 Leverkusen

Spätestens ab Sommer, war die gesamte Politik auf die Bundestagswahlen ausgerichtet und man stellte sich die Frage, wer dieses Land überhaupt noch regiert. Das „politische Krisenmanagement“ flüchtete sich immer wieder in Auslegungsfragen unserer Verfassung, leider viel zu oft mit dem Ergebnis: „Besser gar nichts tun als ggf. etwas Falsches“. Es fehlte ganz offensichtlich die Fähigkeit und der Wille, Führungsstärke zu zeigen und Entscheidungen zu treffen. Dabei ist unsere Verfassung gar nicht so schwer zu verstehen bzw. umzusetzen. So ist die verfassungsrechtliche Schutzpflicht des Staates umfassend. Sie verbietet nicht nur unmittelbare staatliche Eingriffe in Freiheitsrechte und das Leben, sondern gebietet dem Staat zugleich, sich auch schützend und fördernd vor die Grundrechte des Einzelnen zu stellen und das heißt im Zweifel auch, die Grundrechte vor rechtswidrigen Eingriffen Dritter zu bewahren. Die Schutzverpflichtung des Staates muss dabei umso ernster genommen werden, je höher der Rang des infrage stehenden Rechtsgutes innerhalb der Werteordnung des Grundgesetzes anzusetzen ist. Deshalb wird eine generelle Pflicht zum Handeln immer dann bejaht, wenn die mögliche Verletzung der Grundrechte wie z.B. die Gesundheit und des Lebens irreparabel ist oder droht, unbeherrschbar zu werden. Unter diesen Prämissen war einfach nicht nachvollziehbar, warum die Politik über Monate hinweg nicht nur eine allgemeine Impfpflicht kategorisch ausgeschlossen hat, eine solche vielmehr sogar für verfassungswidrig hielt.

Nun steht die erste Ampel der Republik, der Kanzler wurde letzte Woche gewählt und der Koalitionsvertrag ratifiziert. Die neue Regierung will erkennbar Aufbruchstimmung entfalten und man will ihr ja auch gerne einen guten Willen für eine notwendige Modernisierung unterstellen. Aber gut gemeint, ist noch lange nicht gut gemacht. Mit dem Narrativ im Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ kann sich sicherlich jeder identifizieren. Es fehlt zum Narrativ jedoch ein „schlüssiger und valider, vor allem aber ein transparent durchfinanzierter Businessplan“. Die aktuellen Pläne, 60 Milliarden Euro an Corona-Kreditermächtigungen, die nicht zur Pandemiebekämpfung eingesetzt wurden in den Klima- und Transformationsfonds zu schieben, sieht nicht nur der Präsident des Bundesrechnungshofs als verfassungsrechtlich problematisch an. Insgesamt bleiben im Koalitionsvertrag leider viel zu viele Maßnahmen lediglich beschrieben, aber nicht der konkrete Weg. Der eigentliche Lackmustest bei der Ausgestaltung des neuen Geschäftsmodells Deutschland steht also erst noch bevor, nämlich die Frage, welche Leitlinie bei den konkreten Umsetzungsmaßnahmen in wirtschafts- und ordnungspolitischer Hinsicht Priorität haben soll bzw. wer in der Ampel hierfür die Deutungshoheit für sich reklamieren wird. Sollte es hierzu nicht ganz schnell zu einem Grundkonsens in der Ampel kommen, ist bei den Umsetzungsmaßnahmen ein großes Veränderungswirrwarr bzw. ein gegenseitiges Misstrauen vorprogrammiert.

Zu begrüßen ist, dass sich die Ampelkoalition in ihrem Koalitionsvertrag einmütig zur herausragenden Bedeutung unserer Wirtschaft und Industrie für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes bekannt hat. Umso wichtiger wird nun sein, dass die Koalitionäre das vom künftigen Wirtschaftsminister Habeck ausgerufene gegenseitige Versprechen der „lernenden Politik“ auch ganz schnell einlösen und zu der Erkenntnis kommen, dass eine wettbewerbsfähige Wirtschaft das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts ist und ohne eine Erneuerung der wirtschaftlichen Grundlagen und ohne leistungsstarke Unternehmen weder der Klimawandel bewältigt noch unser Sozialstaat finanziert werden kann. Denn nie war eine starke Wirtschaft wichtiger als jetzt: Die Schulden der Corona-Krise müssen abgetragen, die Sozialversicherungssysteme nachhaltig finanziert und unser Land auf die Bewältigung neuer Krisen vorbereitet werden. Es müssen dafür im Strukturwandel neue Arbeitsplätze geschaffen, Investitionen gestemmt und durch Innovationen Nachhaltigkeit konsequenter umgesetzt werden. Dafür brauchen die Unternehmen Rahmenbedingungen, die nun endlich auch zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen, denn auf vielen Feldern hinkt die deutsche Politik hier der Weltspitze viel zu deutlich hinterher. Das Verwalten vergangener Erfolge reicht jedenfalls schon lange nicht mehr aus. Eine Agenda 2030, wie jüngst von der BDA und dem BDI gefordert, die auf nationaler wie internationaler Ebene die Wettbewerbsfähigkeit von Standort, Unternehmen und Arbeitsplätzen steigert, muss deshalb Maßstab allen politischen Handelns sein. Die Ampel muss bei der Umsetzung ganz einfach den Mut haben, neue Freiheiten nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Beschäftigten zuzulassen, ebenso wie die Stärkung der Eigeninitiative, denn das würde nicht nur den Betrieben im globalen Wettbewerb helfen, sondern auch den Beschäftigten bei der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf. Zusätzliche Kostenbelastungen der Unternehmer verbieten sich in dem zuvor beschriebenen Beziehungsgeflecht ganz von selbst.

Auf keinen Fall darf die Versorgungssicherheit gefährdet werden. Die Energiewende darf unter keinen Umständen zum Blackout für die Industrie werden. Aktuell jedenfalls droht nach Berechnungen des Energiewirtschaftlichen Instituts (EWI) eine große Stromlücke. Laut EWI müssen nämlich zur Erreichung der Versorgungssicherheit bis 2030 Gaskräfte mit einer installierten Leistung von 23 Gigawatt neu gebaut werden, was rechnerisch der installierten Leistung von 23 Atomkraftwerken entspricht. Bei der Bundesnetzagentur sind aktuell 2,3 Gigawatt Gaskraftwerkskapazitäten bis 2023 als geplanter Zubau gelistet. Dieser Wert müsste sich bis 2030 verzehnfachen. Deshalb stellen sich die Experten auch zu Recht die Frage, wie das erreicht werden soll.

Für viele angekündigte Investitionen müssten im Übrigen zunächst einmal die Infrastrukturen geschaffen werden; das wird eine Herkulesaufgabe sein. So sollen bis 2030 hierzulande etwa 80 % elektrische Autos fahren. Dafür brauchen wir mehr als eine Millionen Ladepunkte. Etwa 45.000 davon sind fertig, ab jetzt brauchen wir einen Wochenzuwachs von 2.000. Derzeit aber schaffen wir gerade einmal 300 Ladepunkte.

Die Erwartungshaltung der Unternehmer hinsichtlich der richtigen Weichenstellungen für die großen Herausforderungen wie Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Wandel, ist gegenüber den Koalitionären zu Recht sehr groß, weil sich beinahe täglich sowohl die nationalen als auch die internationalen Rahmenbedingungen zum Nachteil der heimischen Unternehmer weiter verschlechtern. Dabei wird nicht verkannt, dass der Koalitionsvertrag der Ampel an einigen Stellen durchaus auch in die richtige Richtung weist. Beispielsweise: Keine neuen Regulierungen bei befristeten Arbeitsverhältnissen und bei der Zeitarbeit. Zu begrüßen ist auch, dass keine neuen Steuern oder höhere Sätze bei den großen Steuern vorgesehen sind; andererseits ist bedauerlicherweise die Tür für niedrigere Unternehmenssteuern faktisch zugeschlagen worden.

An vielen Stellen springen die Koalitionäre hingegen deutlich zu kurz: Die notwendigen Strukturreformen in den Sozialversicherungen wurden bedauerlicherweise nicht nur erneut vertagt, sondern im Gegenteil verschlimmbessert: Mit dem ausgeweiteten Bürgergeld statt Grundsicherung, neues Qualifizierungsgeld, Pflegegeld dynamisierung, Kindergrundsicherung, höheres Elterngeld, mehr Kinderkrankentage und höhere Erwerbsminderungsrente sind beschäftigungsschädliche Sozialversicherungsbeiträge mit deutlich über 40 % und eine höhere Belastung des Bundeshaushalts mit Sozialausgaben unvermeidlich.

Die Prognosen für das Jahr 2022 gleichen derzeit einem Blick in die Glaskugel. Die Unternehmen haben ihren Optimismus und ihre Zuversicht zumindest aktuell noch nicht verloren. So erwarten laut einer Umfrage im Spätherbst des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) fast die Hälfte der Unternehmen für das kommende Jahr eine höhere Produktion oder Geschäftstätigkeit, nur 15 % aller Firmen erwarten einen Rückgang. Ganz entscheidend für eine positive Entwicklung aber wird sein, ob das ständige Stop-and-Go des Wirtschaftslebens 2022 endlich ein Ende findet. Der Sachverständigenrat und das IW sehen jedenfalls in den aktuell bestehenden Produktionsbeeinträchtigungen, in Folge gestörter Transport- und Lieferketten und der damit einhergehenden Kostenschocks, bedeutsame Risiken für die Konjunktur. Unabhängig hiervon wird das Wirtschaftswachstum auch 2022 immer wieder mit den jeweiligen Corona-Realitäten „konfrontiert sein“. Aus den vorgenannten Gründen schraubten die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Konjunkturprognosen für 2022 nach unten. So senkte das Münchener ifo-Institut die Wachstumsprognose für 2022 um 1,4 % auf 3,7 %. Ähnlich sieht das auch das Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wonach das Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr um 3,5 % zulegen soll.

In der derzeitigen unsicheren dynamischen Lage muss deshalb oberstes Ziel bleiben, einen Lockdown zu verhindern. Mehr denn je werden deshalb auch 2022 pragmatische Lösungen gefragt sein, wie wir Wirtschaft erlauben können. Dabei wird je nach Lage nicht die härteste Maßnahme entscheidend sein, sondern die sicherste. Klar muss sein, dass es zum Impfen keine Alternative gibt. Wir sind deshalb alle aufgerufen, die aktuelle Impfkampagne „#ZusammenGegenCorona“ zu unterstützen.

Auch das kommende Jahr wird deshalb unsere volle Aufmerksamkeit und Engagement verlangen.

Wir danken allen, die das vergangene Jahr mit uns gemeinsam gestaltet haben und wünschen Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest sowie ein glückliches, gesundes und hoffentlich erfolgreiches Jahr 2022.

Mit diesem Wunsch verbinden wir den Dank an all diejenigen Damen und Herren, die uns in den Verbandsgremien und Arbeitskreisen, in den Ehrenämtern der sozialen Selbstverwaltung, sowie der Gerichtsbarkeit in der Erfüllung unserer Aufgaben geholfen haben.

Wir freuen uns, die Zukunft mit Ihnen gemeinsam zu gestalten und auf die Aufgaben, die Sie uns 2022 stellen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Arbeitgeberverband der
Metall- und Elektroindustrie Rhein-Wupper e.V.
Unternehmerschaft Rhein-Wupper e.V.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'A' followed by 'Tressin'.

A. Tressin
Geschäftsführer